

JENS GRÜNDLER/CHRISTOPH LORKE

Ankommen und Bleiben im ländlichen Raum

Regionalgeschichtliche Perspektiven auf die Migrationsgeschichte

Harsewinkel und Gütersloh: Auf den ersten Blick scheinen beide Gemeinden im heutigen Kreis Gütersloh in der Region Ostwestfalen nur wenig mit der bundesdeutschen Migrationsgeschichte zu tun zu haben. Bei beiden handelte es sich in unserem Untersuchungszeitraum um eine Klein- beziehungsweise eine Mittelstadt. Ihr Umfeld kann als ländlich charakterisiert werden, geprägt von weiteren Kleinstädten wie Halle und Rheda-Wiedenbrück sowie agrarisch geprägten Gemeinden wie Verl und Herzebrock-Clarholz. Das seit 1973 im Zuge der Gemeindegebietsreform zur Kreisstadt erklärte Gütersloh erfüllte zwar einige zentrale Funktionen für umliegende Kleinstädte wie Harsewinkel. Es gab zum Beispiel ein Theater, zwei Krankenhäuser, eine psychiatrische Einrichtung sowie größere Einkaufsinfrastruktur. Das wirtschaftliche und kulturelle Oberzentrum, auch für die Kreisstadt, war und ist jedoch Bielefeld. Harsewinkel und Gütersloh sind aber nicht nur benachbarte Kommunen, sondern sie waren und sind darüber hinaus Heimat bekannter und global agierender Firmen. Zahlreiche Textilfirmen wie die Weberei *Greve & GÜth*, die einst größte Frottierweberei Europas *Vossen*, aber auch Unternehmen der Holzverarbeitung sind heute verschwunden. Andere, wie der Landmaschinenhersteller *Claas*, der Haushaltsgeräteproduzent *Miele* und der Medienkonzern *Bertelsmann* gehören seit Jahrzehnten zu den Weltmarktführern in ihren jeweiligen Geschäftsbereichen. Letztere kompensierten häufig den Verlust von Arbeitsplätzen, die bei den zuerst genannten Unternehmen im Zuge des Strukturwandels verloren gegangen waren. Dadurch zeichnete sich der Kreis Gütersloh in den Jahren »nach dem Boom« bis in die jüngste Zeit durch eine hohe Krisenresilienz in Bezug auf Arbeitslosigkeit, Steuereinnahmen und den wirtschaftlichen Strukturwandel aus.¹

Die Unternehmen waren auf einen Zuzug von Arbeiter:innen angewiesen; ein Bedarf, der schon seit den 1950er-Jahren nicht mehr von »einheimischen« Arbeitskräften gedeckt werden konnte, obwohl beide Städte zwischen 1960 und 1990 ein rasantes Bevölkerungswachstum erlebten. Während die Einwohnerzahl von Harsewinkel in diesem Zeitraum von circa 10.000 auf mehr als 20.000 Menschen wuchs, stieg die Zahl der Bevölkerung in Gütersloh in diesem Zeitraum von etwa 60.000 auf knapp 90.000 Personen an. Auch die Zahl der Migrant:innen² entwickelte sich auf bemerkenswerte Weise. Im Gebiet des Kreises Gütersloh vervielfachte sich deren Zahl von wenigen 100 im Jahr 1960 auf circa 23.000 zu Beginn der 1980er-Jahre.

1 Vgl. für einen Überblick *Christoph Lorke*, Strukturwandel auf ostwestfälisch? Wirtschaftliche Umbrüche, Krisenwahrnehmung und Krisenmanagement in Gütersloh (1970er–1990er-Jahre), in: *Geschichte im Westen* 38, 2023, S. 209–235.

2 In diesem Beitrag verwenden wir in der Regel den Begriff »Migrant:innen«, Bezeichnungen wie »Ausländer:innen«, »Gastarbeiter:innen«, »Nichtdeutsche« oder ähnliche nur als Quellenbegriffe. Vgl. zur begriffssensiblen Reflexion *Inken Bartels/Isabella Löhr/Christiane Reinecke* u. a. (Hrsg.), *Inventar der Migrationsbegriffe*, 19.4.2023, URL: <<https://www.migrationsbegriffe.de>> [5.2.2024].

Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von circa 7,5 %, was deutlich über dem damaligen Bundesdurchschnitt lag. Blicken wir auf die Stadt Gütersloh, so vergrößerte sich die Zahl der Migrant:innen von 426 im Jahr 1960 in den folgenden Jahren massiv. Knapp 20 Jahre später hatte sich deren Zahl auf über 7.000 versechzehnfacht, was nun einem Bevölkerungsanteil von gut 9 % entsprach. Hintergrund war die große Nachfrage nach Arbeitskräften, weshalb sich die Firmen im Lichte der Hochkonjunktur regelrecht um Arbeitskräfte aus dem Ausland »rissen«.³ Die größte »Gruppe« stellten seit Mitte der 1960er-Jahre Menschen aus der Türkei, die als einzige auch in den 1980er-Jahren noch einen deutlichen Zuwachs erlebte. Im Jahr 1963 betrug deren Zahl in der Stadt Gütersloh gerade einmal 23 Menschen, hiervon 18 Männer und bis auf eine Ausnahme allesamt Arbeiter – ein kaum nennenswerter Anteil unter den seinerzeit knapp 1.000 »Ausländer:innen« in der Stadt, deren Herkunftsländer vor allem Spanien, Griechenland, Italien und Jugoslawien waren. Ganz ähnlich sah es in Harsewinkel aus. Dieses Verhältnis sollte sich in den folgenden Jahren stark verändern. Gerade seit den frühen 1970er-Jahren stieg die Zahl von Frauen und Männern aus der Türkei rasant an und verdoppelte sich in Gütersloh bis Ende des Jahrzehnts.⁴ Im Jahr 1979 stellten Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 1.781 das größte Kontingent von Migrant:innen ohne deutschen Pass in Gütersloh und lösten damit Griech:innen von der Spitzenposition ab. 1992 zählte die Stadt bei einer Gesamtbevölkerung von gut 90.000 Einwohnern 9.566 »Ausländer:innen«; seinerzeit lagen die 3.695 Türk:innen bereits deutlich vor den zweitplatzierten Griech:innen (knapp 1.600).⁵ Der Anteil von Migrant:innen in beiden Gemeinden erreichte also frühzeitig ein hohes Niveau und veränderte das städtische Erscheinungsbild auf bedeutsame Weise.

Diese beeindruckenden Zahlen allein legen nahe, dass die Migrationsgeschichte ländlich geprägter Regionen überaus relevante Entwicklungen spiegeln, die es lohnt, zeithistorisch eingehender zu untersuchen. Denn diese Trends wurden bereits zeitgenössisch reflektiert: Die – auch selbstständige – Anwerbung von »Gastarbeiter:innen« sowie die damit einhergehenden Herausforderungen waren den kommunalen Verwaltungen und den im Ort beheimateten Unternehmen beizeiten bewusst. Frühzeitig ließen sie daher Informationsmaterial in den jeweiligen Muttersprachen erstellen, boten Dolmetscherdienste an oder druckten fremdsprachige Seiten in den Werkszeitungen. Die Stadtverwaltungen suchten früh den Schlüsselschluss mit den Unternehmen, um ausländische Arbeitnehmer:innen und ihre Familien zu unterstützen und die angeblich »drohenden Gefahren« präventiv einzudämmen. Diese Politiken und Praktiken stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags.

Die genannten regionalen Besonderheiten – wirtschaftliche Stärke, dominierende, einflussreiche Unternehmen vor Ort und massiver Arbeitskräftezufluss bei spezifischer Migrationsstruktur – wurden, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, durch die besonderen Aufnahmeerwartungen und kommunalen wie unternehmerischen

3 O. A., Firmen reißen sich um Ausländer, in: Neue Westfälische, 12.8.1969.

4 Stadt Gütersloh/Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung, Bevölkerungsentwicklung 1971–2006, September 1987, Stadtarchiv Gütersloh, E 3445.

5 Stadt Gütersloh/Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung: Einwohner der Stadt Gütersloh, Daten 1993, Stadtarchiv Gütersloh, E 1518.

»Integrations«-Politiken⁶ in beiden Kommunen auf spezifische Weise gebrochen. Unsere These lautet, dass diese Vor-Ort-Konfigurationen und sozialen Beobachtungs-, Ordnungs- und Regulierungsprozesse des Sozialen – und hiervon ausgehend: des Migrantischen – in einer Klein- beziehungsweise Mittelstadt teilweise anderen Gegebenheiten und Voraussetzungen unterliegen als in einer Großstadt. Zu Metropolen und Großstädten sind zuletzt zahlreiche Untersuchungen veröffentlicht worden, die Migrationsregime⁷, -politiken und die Praktiken nach 1945 in sozialhistorischer Perspektive analysiert haben.⁸ Strategien, Wahrnehmungsprozesse und Handlungsmuster »jenseits der Metropolen« zu untersuchen und hierbei insbesondere auch in den ländlichen Raum zu blicken, ist allerdings »generell ein Desiderat der Migrationsforschung und Migrationsgeschichte«.⁹

Als zentrale Unterschiede zwischen Großstädten und Klein- und Mittelstädten in ländlichen Regionen zu nennen wären unter anderem die große Nähe zwischen Stadtverwaltung und lokalen Wirtschaftseliten, daraus resultierend ökonomische Abhängigkeiten der Stadt von wenigen Wirtschaftsakteuren sowie ein hoher Grad der Informalität. Wir nehmen an, dass diese Strukturen die lokalen Migrationsregime wesentlich beeinflusst und Wahrnehmungsprozesse und Handlungsmuster der kommunalpolitischen Akteure maßgeblich vorstrukturiert haben. Auch die »Zielgruppe«, die jeweiligen migrantischen Gruppen und Individuen, haben ihrerseits eigene Strategien entwickelt, um auf diese Politiken zu reagieren. Von den genannten frappierenden Leerstellen ausgehend möchten wir konzeptionelle migrati-onshistorische Überlegungen für klein- und mittelstädtische Kontexte adressieren und neue regionalgeschichtliche Perspektiven auf die Thematik formulieren.

Die Reichweite unserer Ergebnisse ist jedoch in mehreren Hinsichten begrenzt:

- Erstens ist unser regionaler Schwerpunkt Ostwestfalen, genauer: der Kreis Gütersloh. Diese an sich bereits heterogene Region ist insofern besonders, als sie

6 Auf den Begriff »Integration« wird hier deswegen zurückgegriffen, weil er in den zeitgenössischen Diskussionen und Auseinandersetzungen während des Untersuchungszeitraums omnipräsent war. Die aktuellste Problematisierung des Begriffs findet sich bei *Aladin El-Mafaalani*, Integration, in: *Bartels/Löhr/Reinecke* u. a., Inventar der Migrationsbegriffe, 19.4.2023, DOI: <<https://doi.org/10.48693/296>> [5.2.2024].

7 Maren Möhring definiert Migrationsregime mit Bezug auf Vassilis S. Tsianos und Bernd Kasperek als »sich historisch wandelnde Handlungs- und Gestaltungsarenen mit spezifischen Konstellationen individueller, kollektiver und institutioneller Akteure«, die es Forschenden ermöglichen, »eine politik- und staatszentrierte Vorstellung von Migration zu verabschieden und stattdessen Migration als soziale Praxis zu fassen«. *Maren Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: *AfS* 58, 2018, S. 305–330, hier: S. 312. Vgl. auch *dies.*, Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945, in: *AfS* 59, 2019, S. 445–494.

8 Vgl. *Christiane Reinecke*, Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen 2021; *Olga Sparschuh*, Fremde Heimat, fremde Ferne. Italienische Arbeitsmigration in Turin und München, 1950–1975. Göttingen 2021; *Bettina Severin-Barboutie*, Migration als Bewegung am Beispiel der Städte Stuttgart und Lyon nach 1945, Tübingen 2019; *Maria Alexopoulou*, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: *AfS* 56, 2016, S. 463–484; *dies.*, Deutschland und die Migration. Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Stuttgart 2020; *Stefan Zeppenfeld*, Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021.

9 *Möhring*, Jenseits des Integrationsparadigmas?, S. 315.

zwar eine ›periphere‹ Region mit mittlerer Entfernung zu größeren Ballungsräumen an Rhein und Ruhr war, jedoch den industriellen Strukturwandel dank einer spezifischen wirtschaftlichen Robustheit vergleichsweise gut überstanden hat.

- Zweitens fokussieren wir uns auf klein- und mittelstädtische Settings, die die Reichweite unserer Ergebnisse begrenzt, da bisher kaum Vergleichsmöglichkeiten zu anderen lokalen Migrationsregimes existieren.¹⁰
- Drittens beschränken wir uns auf die Untersuchung von Menschen, die aus der Türkei zugewandert waren. Diese stellten in beiden Städten seit den 1970er-Jahren die wichtigste Migrant:innengruppe, wobei hier zu differenzieren ist: Unter »Türken« wurden muslimische und christlich-orthodoxe Gläubige sowie laizistische Linke und politische Flüchtlinge wie Kurden subsumiert.¹¹ Zeitgenössisch wurden derartige Differenzierungen allenfalls selektiv zur Kenntnis genommen. Warum es in historischer Perspektive unverzichtbar ist, diese mitzudenken, werden die folgenden analytischen Tiefenbohrungen zeigen. Neben der »ethnischen Herkunft« waren Migrant:innen aus der Türkei vielfach auch aufgrund ihres Geschlechts, Bildungsstands, ihrer religiösen Überzeugungen und des sozialen Status diskriminiert.

Als Quellen für diesen Beitrag nutzen wir neben Verwaltungsakten aus dem Stadt- und Kreisarchiv Gütersloh die Berichte der Lokalzeitungen, die über das Geschehen in beiden Städten berichteten. Zeitungen mit lokalen Redaktionen erscheinen besonders geeignet, Aufschluss über die gesellschaftlichen Verhältnisse vor Ort zu geben, weil sie mit ihrer Nähe zum Geschehen wie Seismografen Wahrnehmungen, Einstellungen, Mentalitäten, Stimmungen und Werthaltungen vor Ort erfahrbar machen. In Harsewinkel und Gütersloh waren mit *Die Glocke*, der *Neuen Westfälischen* und dem *Westfalen-Blatt* drei regional agierende Zeitungen ansässig. Dieser Umstand ermöglicht es, in der Zusammenschau unterschiedliche Nuancierungen der sozialen Wahrnehmungen zu rekonstruieren.

10 Christiane Reinecke hat auf große Unterschiede bei der lokalen und regionalen Implementierung nationaler Regulierungen von Migration hingewiesen. Vgl. *Christiane Reinecke*, Staatliche Macht im Aufbau. Infrastrukturen der Kontrolle und die Ordnung der Migrationsverhältnisse im Kaiserreich, in: *Jochen Oltmer* (Hrsg.), *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/München 2015, S. 341–384, hier: S. 384.

11 Der Kreis Gütersloh ist darüber hinaus bis heute Zentrum der aramäischen Migration in Deutschland. Diese aus dem Osten der Türkei stammende Gruppe syrisch-orthodoxer Christen – Suryoye beziehungsweise Aramäer oder Assyrier – erlebte vor allem in den 1970er-Jahren einen enormen Zuwachs und stellte teilweise 90 % aller aufgenommenen Asylbewerber:innen. Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 1983 wurde ihr Status als Angehörige einer christlichen Minderheit anerkannt; seinerzeit lebten etwa 1.600 von ihnen im Kreisgebiet. Ein Großteil kam aus der Türkei als Asylbewerber. Vgl. o. A., *Berliner Urteil erkennt Aramäer als verfolgt an*, in: *Die Glocke*, 21.8.1983; o. A., 1600 Aramäer können aufatmen, in: *Neue Westfälische*, 23.8.1983. Heute leben etwa 12.000 Aramäer:innen im Kreis Gütersloh und etwa 130.000 in der Bundesrepublik.

I. Empirische Annäherungen an Migration im ländlichen Raum

Im Folgenden möchten wir vier unterschiedliche Bereiche untersuchen, die dazu dienen, klein- und mittelstädtische Besonderheiten migrantischer Lebens- und Arbeitswelten zu vertiefen: die Infrastrukturen des Ankommens, Arbeit und Nichtarbeit, Wohnen sowie Schule und Ausbildung. Diese sind und waren in der sozialen Praxis eng miteinander verwoben, werden hier zum Zweck der Analyse aber getrennt.

Infrastrukturen des Ankommens

Arrival Cities oder *Arrival Neighbourhoods* sind als Begriff in den letzten zwei Jahrzehnten prominent geworden.¹² Die Untersuchung von Ankunftsräumen reicht jedoch bis in die 1920er-Jahre zurück, bis zu den Untersuchungen der Chicago School. Deren Forscher:innen betonten die positiven Effekte von ethnischen Ankunftsräumen auf die »Assimilation von Migrant:innen«. Die neuere Migrationsforschung, in die wir uns einreihen, untersucht die Effekte ohne normative Vorannahmen von Integration oder »Assimilation«. Weder Gütersloh noch Harsewinkel waren *Arrival Cities* im Sinne von Doug Sanders. Gleichwohl kann man Ankommensquartiere im Sinne von Nachbarschaften oder fest umgrenzten Vierteln in beiden Kommunen identifizieren. Auch wenn diese naturgemäß viel kleiner als in Großstädten waren, wiesen sie einige typische Charakteristika von Ankunftsräumen auf, wenn wir darunter das Prozesshafte, Dynamische und Unabgeschlossene von Migrationsprozessen verstehen.¹³ Während sich in Gütersloh der in den 1960er-Jahren errichtete Stadtteil Blankenhagen zu einem solchen Quartier für Migrant:innen entwickelte, wandelte sich in der Kleinstadt Harsewinkel ab Mitte der 1980er-Jahre ein Wohnkomplex mit mehr als 220 Wohnungen zu einem typischen Ankunftsquartier.¹⁴ Beide Stadtteile, die im Unterkapitel »Wohnen« noch einer detaillierten Analyse unterzogen werden, wiesen teilweise informelle Infrastrukturen auf, die von öffentlicher und privater, deutscher und migrantischer Seite bereitgestellt beziehungsweise initiiert und betrieben wurden. Die von öffentlicher Seite organisierten oder finanzierten Infrastrukturen hinterließen zahlreiche Spuren in Verwaltungsakten und

12 Vgl. dazu unter anderem den in Kürze erscheinenden Sammelband von David Templin (Hrsg.), *Arrival Neighborhoods in Europe since the mid-19th Century: Migrations, Cities, Infrastructures*, London 2024 [im Druck], in dem ein konziser Forschungsüberblick geliefert wird. An diesem Überblick orientieren sich die methodischen Ausführungen. Zum Konzept der *Arrival Infrastructures* vgl. Bruno Meeus/Karel Arnaut/Bas van Heur (Hrsg.), *Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobilities*, Cham 2019; Martina Bovo, *How the Presence of Newly Arrived Migrants Challenges Urban Spaces: Three Perspectives from Recent Literature*, in: *Urban Planning* 5, 2020, H. 3, S. 23–32; Nils Hans/Heike Hanhörster/Jan Polívka u. a., *Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 77, 2019, S. 511–524.

13 Für eine erste Bestandsaufnahme zu *Arrival Neighborhoods* in ländlichen Räumen vgl. Jens Gründler, *A Case Study on a Small-Town High-Rise Estate in West Germany in the 1970s and 1980s*, in: Templin, *Arrival Neighbourhoods* [im Druck].

14 Eine detaillierte Analyse der beiden Quartiere findet sich im Unterkapitel »Wohnen«.

der Presse. Die Eröffnung von Beratungsstellen, die Einstellung migrantischer Sozialarbeiter:innen oder die Finanzierung von Sprachkursen wurde in Ausschüssen und der Verwaltung diskutiert. In den Zeitungen wurde über diese »Integrationsmaßnahmen« vielfach ausführlich berichtet.¹⁵ Einerseits wurden diese Angebote sowohl in der Verwaltung als auch in der Öffentlichkeit als Unterstützung und Hilfe propagiert und wahrgenommen. Gleichzeitig wohnte diesen Maßnahmen aber immer auch eine restriktive Seite inne. Das hing damit zusammen, dass »die« türkischen Migrant:innen im Gegensatz zu Zuwanderer:innen aus anderen Ländern bereits zu Beginn der 1970er-Jahre als »problematisch« wahrgenommen und beschrieben wurden.¹⁶ Ob bei der Arbeits- oder der Wohnraumsuche: »Türken« galten den städtischen Verwaltungen als besonders schlecht zu vermitteln, da sie, so die zeitgenössischen Einschätzungen, einem »anderen Kulturkreis« entstammten.¹⁷

Insofern waren diese »Hilfsangebote« ambivalent. Das dauerhafte Verbleiben der Migrant:innen aus der Türkei war bis in die 1980er-Jahre politisch und gesellschaftlich nicht vorgesehen und mindestens bis in die 1990er-Jahre umstritten.¹⁸ Zudem hatten weite Teile der westdeutschen Gesellschaft die »Integrationsfähigkeit« dieser Migrant:innen besonders kritisch betrachtet. Das Ziel der Unterstützung war daher auch in der ostwestfälischen Provinz einerseits eine Anpassung beziehungsweise »Assimilation« an die Normen der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft, damit der »Aufenthalt« für beide Seiten möglichst reibungsfrei verlief. Denn in Teilen der Gesellschaft hatte sich die Einsicht verbreitet, dass zumindest ein Teil der Migrant:innen dauerhaft in Deutschland leben würde.¹⁹ Andererseits versuchte die Verwaltung durch die Angebote, eine weitere Unterschichtung zu verhindern. Zudem sollten viele Angebote, wie zum Beispiel der muttersprachliche Schulunterricht, die »Rückkehrfähigkeit« der Migrant:innen aufrechterhalten.²⁰ Die

15 Vgl. beispielsweise o. A., Türkische Sozialberater helfen Landsleuten zurechtzukommen, in: Neue Westfälische, 9.2.1981; o. A., Türkisches Zentrum als »Stätte der Begegnung«, in: Die Glocke, 19.2.1979; o. A., Dammanns Hof bekommt Jugendtreff, in: Neue Westfälische, 6.9.1988; o. A., Spontan neuen Gesprächskreis gegründet, in: Die Glocke, 16.5.1987. Vgl. auch Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Gütersloh an Kreisverwaltung Gütersloh, Jugendamt, Antrag auf Anerkennung des Wohngebietes »Dammanns Hof« als sozialer Brennpunkt, 14.12.1987, Kreisarchiv Gütersloh, A03e_1-22.

16 Sichtbar wird das zum Beispiel in Zeitungsberichten über das Wohnungsproblem im Kreis Gütersloh in den 1980er-Jahren. Vgl. das Unterkapitel »Wohnen« in diesem Beitrag.

17 Lauren Stokes argumentiert, dass existierende Vorurteile über mutmaßlich emanzipationsfeindliche und »patriarchalische«, zunächst »südliche« beziehungsweise »mediterrane« Migrant:innen auf solche aus der Türkei übertragen und verstärkt worden seien. Vgl. Lauren Stokes, *Fear of the Family. Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany*, New York 2022.

18 Vgl. etwa Hakan Akçit, Nach dem Anwerbestopp: Das Rückkehrhilfegesetz von 1983, URL: <<https://heimatkunde.boell.de/de/2023/11/23/nach-dem-anwerbestopp-das-rueckkehrhilfegesetz-von-1983>> [15.1.2024]; Karin Hunn, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

19 Vgl. unter anderem Hunn, »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«; Hans Jürgen Bade, *Ausländer – Aussiedler – Asyl. Eine Bestandsaufnahme*, München 1994; Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.), *Das »Gastarbeiter«-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*, München 2012.

20 Stephanie Zloch, *Das Wissen der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Bildung in Deutschland 1945 bis 2000*, Göttingen 2023; für das Lokale vgl. unter anderem o. A., 24 Türkenkinder

Unterstützung war demnach nicht nur Hilfestellung, sondern gleichzeitig immer auch Disziplinierungsmaßnahme, die mit der Konstruktion der »türkischen« Migrant:innen als problematisch korrespondierte.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um erste Erkundungen des Felds. Zu Beginn steht dabei die Frage, welche Dienste oder Angebote die Verwaltungen zur Verfügung stellen konnten und wie Kommunen auf diese Weise das Ankommen und Einleben türkischer Migrant:innen in der ostwestfälischen Gesellschaft unterstützten. Gleichzeitig gerät dadurch auch das Vorent- oder Zurückhalten anderer Angebote und Infrastrukturen in den Blick, die zum Beispiel Einheimischen oder anderen Migrant:innen zugestanden wurden.

Verwaltungsakten und Presseberichte erzeugen den Eindruck, die städtischen Verwaltungen hätten aufgrund von »Problemkonstruktionen« ein institutionelles Betreuungsregime aufgebaut, um wirkmächtig zu sein (oder zu erscheinen). Dieses beinhaltete in Harsewinkel und Gütersloh – wie anderswo auch – die Betreuung der Migrant:innen durch Träger der freien Wohlfahrtspflege, die diese in alltäglichen Fragen der Eingliederung unterstützen sollten. Die Zuständigkeiten wurden nach nationaler Herkunft und Konfession(-snähe) verteilt: Die AWO kümmerte sich anfangs um Migrant:innen aus Marokko, der Türkei und Tunesien, die Caritas um solche aus Italien, Jugoslawien, Spanien und Portugal, die Diakonie um Griech:innen.²¹ In Gütersloh hatten Verantwortliche rasch die zwei wesentlichen Problematiken bei der Betreuung »ausländischer Mitbürger« erkannt: die Versorgung mit annehmbarem und ausreichendem Wohnraum sowie die Beschulung der Kinder. Frühzeitig gab die Stadtverwaltung ein »Informationsblatt für die ausländischen Mitbürger« heraus, das in sechs Sprachen übersetzt wurde und auch von den Unternehmen im Ort und im Kreis »dankend zur Kenntnis genommen« wurde.²² Zentral war darüber hinaus die vom städtischen Sozialamt initiierte Einrichtung einer »Beratungsstelle für die ausländischen Mitbürger«, die zur Unterstützung migrantischen Ankommens im Oktober 1971 eingerichtet wurde. Diese Stelle war mit einem Verwaltungsangestellten und einem Dolmetscher besetzt. Mit ihrer Hilfe wurden täglich nach Nationalitäten getrennte jeweils zweistündige Sprechstunden angeboten, um Auskünfte bei Fragen zu Arbeit, Wohnung oder Behördengängen zu geben – zunächst für die zahlenmäßig größten Gruppen der Jugoslaw:innen, Spanier:innen, Griech:innen und Italiener:innen, ab Herbst 1972 auch für türkische Arbeiter:innen, nachdem zwei Dolmetscher gefunden worden waren, die bei Mohndruck und Bertelsmann beschäftigt waren.²³ Bei allem Innovativen an dieser vergleichsweise

lernen zusammen in einer Klasse, in: Westfalen-Blatt, 22.3.1979; o. A., Werden Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder abgeschafft?, in: Neue Westfälische, 13.6.1981.

21 Die mit dieser Homogenisierung verbundenen Konfliktpotenziale zeigt Clelia Caruso in ihrer Arbeit über italienische Migrant:innen in Belgien. Für den Kreis Gütersloh sind derartige Konflikte in den bisher gesichteten Akten nicht dokumentiert. Vgl. *Clelia Caruso*, Befristete Migration und transnationaler Lebensstil. Italienerinnen und Italiener in einer wallonischen Bergbaugemeinde nach 1945, Wien/Köln 2019.

22 Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Gütersloh, 11.10.1971, Stadtarchiv Gütersloh, E 8432.

23 7. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Gütersloh, 21.11.1972, Stadtarchiv Gütersloh, Ausschussprotokolle. Zuvor war Christophoro Fazio, seit 1957 in Deutschland, beschäftigt bei der Firma Baumhüter in Wiedenbrück, wo 280 Türk:innen arbeiteten, als Kontaktperson und Dolmetscher tätig, mindestens seit 1970. Seine Telefonnummer und Adresse waren auf einer Liste

frühen Einrichtung und dem hohen Vernetzungsgrad zwischen Verwaltung und Unternehmen: Zeittypisch nahm auch die Stadt Gütersloh »Ausländer« nationalitätenspezifisch als monolithischen Block wahr, jegliche Unterschiede bezogen auf Minderheit, Schicht, Generation, Geschlecht oder weitere Kriterien wurden nicht reflektiert. Dieses Herangehen folgte den damals gängigen Vorgehensweisen, die so auch in den Unternehmen üblich waren, was jedoch Einschränkungen in Effizienz und Reichweite der Maßnahmen nach sich ziehen konnte.²⁴ Dreh- und Angelpunkte der Maßnahmen des unterstützenden Ankommens waren die ausländischen Sozialberater, die eine Schlüsselrolle im Prozess des Einlebens einnehmen sollten und meist, aus betrieblichen Kontexten gewachsen, Respekt- und Vertrauenspersonen waren. Allerdings resultierten aus diesen Kontexten auch religiöse oder politische Konflikte. So beschäftigte die Stadtverwaltung Gütersloh Ende 1972 eine Anschuldigung jugoslawischer Arbeiter:innen, die auch an das Dortmunder Konsulat herangetragen worden war. Demnach habe der bei der Firma Vossen beschäftigte Sozialbetreuer einzelne Jugoslaw:innen beleidigt, provoziert und materiell ausgenutzt; seine vermeintliche SS-Vergangenheit war ebenfalls Diskussionsgegenstand.²⁵

Diese ersten Beispiele zeigen, welche Bestandteile für die Infrastrukturen des Ankommens von kommunaler und betrieblicher Seite geboten wurden. Andere Beispiele zeigen, welche Konflikte durch das Verweigern oder Zurückhalten derartiger Angebote ausgelöst werden konnten. Eines dieser typischen Konfliktfelder war die Ausstattung von Jugendzentren, in denen es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen deutschen und »ausländischen« Jugendlichen beziehungsweise innerhalb dieser Gruppen kam. Aus einem Jugendhaus in Rheda, einer Kleinstadt im Kreis Gütersloh, wurde von »permanenten Konflikte[n] zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen vieler Nationen« berichtet, »die mit dem Personal nicht zu stemmen« gewesen seien.²⁶ Auch die Einstellung von zwei Sozialarbeitern mit vollen Stellen hielten manche Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Sport der Stadt nicht für ausreichend. Ferner wurde die Anstellung eines ausländischen Sozialarbeiters diskutiert, da das Jugendzentrum hauptsächlich von »ausländischen Jugendlichen« besucht wurde. Ein Umzug aus dem alten Gebäude, der die Situation ebenfalls entschärfen könnte, sei auf Jahre nicht absehbar.²⁷ Ein Ausschussmitglied bedauerte, dass die »deutschen Besucher« keinen Beitrag zur Integration der »aus-

der Stadt Gütersloh mit Dolmetschern verzeichnet, er hatte jedoch keine regelmäßige Sprechstunde. Vgl. Übersicht über die Dolmetscher und ihre Stellvertreter, die in der »Beratungsstelle für ausländische Mitbürger« der Stadt Gütersloh seit den frühen 1970er-Jahren tätig waren: Aktenvermerk im Sozialamt der Stadt Gütersloh über die »Betreuung der Gastarbeiter«, 10.9.1970, Stadtarchiv Gütersloh, E 7107.

24 Jürgen Puskeppeleit/Dietrich Thränhardt, Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, Freiburg im Breisgau 1990, S. 96 f.

25 Brief des Jugoslawischen Konsulats in Dortmund an die Stadt Gütersloh, 30.10.1972, Stadtarchiv Gütersloh, E 7271. Vgl. zur Rolle der Betreuer auch Puskeppeleit/Thränhardt, Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger, S. 86; Caruso, Befristete Migration und transnationaler Lebensstil.

26 O. A. Ein neuer Anlauf: Jugendzentrum hat Leben noch nicht ausgehaucht. Stadt möchte nun mindestens zwei hauptamtliche Sozialarbeiter einstellen, in: Die Glocke, 14.1.1977.

27 Ein Umzug in größere Räumlichkeiten fand erst im Jahr 1981 statt. Vgl. o. A., Nach vielen Jahren des Wartens: JZR in Emstorschule, in: Die Glocke, 28./29.3.1981.

ländischen Jugendlichen« leisteten, ein UWG-Ratsherr forderte mehr Engagement von »Lehrern und Vereinsfunktionären«. Auch anderen Maßnahmen verweigerte man die Unterstützung. Ein weiteres, typisches Beispiel war die Weigerung der CDU-Ratsfraktion der Stadt Gütersloh im Jahr 1981, Hausaufgabenhilfen und Spielgruppen zu finanzieren.²⁸

Daneben gab es zahlreiche informelle Infrastrukturen des Ankommens, die Migrant:innen selbst organisierten. In beiden Städten waren migrantische Vereine gegründet worden, die im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe Ankommensprozesse erleichterten. Hierzu zählt beispielsweise der 1973 in Gütersloh ins Leben gerufene Deutsch-Türkische Hilfs- und Kulturverein, der Anfang der 1980er-Jahre 170 Mitglieder zählte.²⁹ 1978 wurde in Gütersloh eine Zweigstelle des Islamischen Kulturzentrums eröffnet – und Anfang der 1990er-Jahre war die Zahl von türkischen Vereinen auf sechs gestiegen. Hinzu kamen ein Kurdischer Kulturverein (gegründet 1989) sowie sieben zwischen 1979 und 1992 ins Leben gerufene aramäisch-assyrische Vereine. Gleichzeitig eröffneten in den 1970er-Jahren erste türkische Händler Geschäfte für den alltäglichen Bedarf.³⁰ Auch diese können, ähnlich wie in urbanen Settings, als *information hubs* gelten, in denen sich Migrant:innen Hilfe und Informationen beschafften. Kaum zu überschätzen ist ferner die Bedeutung von Kirchen und Moscheen beziehungsweise Beträumen, in denen selbstorganisierte und informelle Unterstützung angeboten wurde. In Interviews mit aramäischen Zuwanderern, die zu Beginn den katholischen Gottesdiensten beiwohnten, wird die Bedeutung der Gemeinden als Dreh- und Angelpunkt der Integration, als Austausch-, Kontakt- und Vernetzungsort immer wieder als besonders wichtig hervorgehoben; deren Rolle sei »kaum genug zu betonen«.³¹ Ende der 1980er-Jahre entstand die erste der inzwischen drei selbstständigen aramäischen Kirchengemeinden in Gütersloh.

28 Die CDU wollte Hausaufgabenbetreuung durch »hauptamtliche« Lehrer durchsetzen. Nach der Weigerung der CDU sammelte die SPD-Fraktion das Geld in ihren Reihen. Vgl. o. A., 2275 Mark für Hausaufgabenhilfe und Spielgruppen kleiner Türken abgelehnt, in: Die Glocke, 26.5.1981.

29 O. A., Nur zwei Deutsche in der Gemeinschaft der Türken. Hilfs- und Kulturverein hat jetzt eine feste Bleibe, in: Die Glocke, 12.1.1977; o. A., Erziehung der Kinder und Wohnungsnot sind Sorgen. Aus dem Deutsch-Türkischen Hilfs- und Kulturverein, in: Neue Westfälische, 24.3.1982. In Rheda-Wiedenbrück wurde 1978 der Türkische Arbeitnehmer Hilfs- und Kulturverein gegründet. Vgl. Norbert Ellermann, Koffer voller Hoffnung. Arbeitsmigration im Kreis Gütersloh von 1955–1973, S. 43. Einer der wenigen gemischten Vereine war von Claas-Mitarbeitern gegründet worden. Vgl. o. A., Ziel: Miteinander und mehr Menschlichkeit. Deutsche und Ausländer in einem Verein, in: Die Glocke, 21.10.1973.

30 Während es um 1970 in der benachbarten Stadt Detmold zum Beispiel noch kein Geschäft für türkische Lebensmittel gab, waren kurze Zeit später erste Lebensmittelgeschäfte in Gütersloh ansässig geworden. Vgl. Ellermann, Koffer voller Hoffnung, S. 50. Für Harsewinkel ist zumindest Mitte der 1980er-Jahre ein türkischer Gemüseladen nachweisbar. Vgl. o. A., In türkischem Laden Feuer: Brandstiftung? in: Die Glocke, 27.8.1986. In Rheda-Wiedenbrück gab es seit Februar 1979 in der Bahnhofsgaststätte »türkisches Spezialessen«. Vgl. o. A., Anzeige, in: Die Glocke, 16.2.1979.

31 Interview von Christoph Lorke mit J. R., 19.11.2023.

Arbeit und Nichtarbeit

Die oben genannten Unternehmen – für Gütersloh könnte man für den Untersuchungszeitraum noch die Textilindustrie (Vossen), Möbelherstellung (Wirus) oder Nahrungsmittelfirmen (Marten) nennen – und ihr wirtschaftliches Wachstum waren die ausschlaggebenden Gründe, dass überhaupt nennenswerte Zahlen an Neuanrückmümlingen in die Städte gelangten. Zu Beginn der 1970er-Jahre, als in Gütersloh gerade einmal 392 Arbeitslose bei 8.600 offenen Stellen gezählt wurden, litten die Gütersloher Betriebe unter empfindlichem Personalmangel, weshalb der Bedarf an »Gastarbeitern« hoch war. Das erklärt die eingangs beschriebenen quantitativen Entwicklungen.³² In Harsewinkel war die Situation ähnlich. Noch im Dezember 1973 hatte der Geschäftsführer von Claas darauf hingewiesen, dass man auf lange Sicht auf die »Gastarbeiter« angewiesen sei und deren Zahl auch in Zukunft weiter steigen werde. Zu diesem Zeitpunkt waren 30 % der Gesamtbelegschaft »ausländische Arbeitnehmer«.³³ Dies unterstreicht abermals einen besonderen regionalen Pull-Faktor. Im Gegensatz zu anderen Regionen wie dem Ruhrgebiet oder vielen Kreisen im Westmünsterland und Ostwestfalen-Lippe, die viel stärker von der Möbel- und Textilindustrie abhängig waren, blieb der Kreis Gütersloh aufgrund seiner breiten Branchenstruktur weitgehend krisenrobust. Auch »nach dem Boom« waren im Kreis daher zahlreiche Stellen nur durch Zuzug von (migrantischen) Arbeitskräften zu besetzen. So »importierte« zum Beispiel das Unternehmen Claas noch im Jahr 1976 »Gastarbeiter« aus einem Audi-NSU-Werk in Neckarsulm, da man lokal keine Arbeitskräfte finden konnte und die Neuanwerbung von Gastarbeitern durch den Anwerbestopp deutlich erschwert war.³⁴

Auch in den folgenden Jahrzehnten war die Arbeitslosigkeit in beiden Städten immer unterdurchschnittlich. Gleichwohl konnte das Thema in beiden Städten schnell Befürchtungen bezüglich sozialer Problematiken hervorrufen, hatte sich doch die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach dem Ölpreisschock auch und gerade für türkische »Gastarbeiter« spürbar geändert. Die absolute Zahl türkischer Arbeitsloser hatte sich bundesweit von etwa 4.000 im Spätsommer 1973 auf knapp 60.000 im Frühjahr 1975 erhöht. Dies waren Größenordnungen, die rasch Schreckensszenarien wie Sorgen um die Kriminalität nachwachsender Generationen evozierten.³⁵ Mitte der 1980er-Jahre war die Mehrheit der Arbeitslosen in Gütersloh ungerlernt und nichtdeutsch, was mahnend-skeptische Reaktionen von Stadtver-

32 O. A., Über 1000 Gastarbeiter werden noch gesucht. Trotz der Anwerbung von weiteren 300 Gastarbeitern ist der Kräftebedarf nicht zu decken, in: Die Glocke, 9.6.1970.

33 Der Geschäftsführer sah die »Integration« der migrantischen Arbeitnehmer:innen als eine der Hauptaufgaben der deutschen Gesellschaft an, um die Arbeitskräfte an den Standort zu binden. Vgl. o. A., Claas und der Stadtrat Harsewinkel auf der gleichen Wellenlänge, in: Die Glocke, 1./2.12.1973. Nur wenige Monate zuvor hatte der Anwerbestopp den Unternehmen massive Produktionsprobleme beschert, da 220 Spanier nicht einreisen durften, obwohl die »Flugtickets schon in der Tasche« waren. Vgl. o. A., Spanier-Ausfall stellt Claas vor Probleme, in: Die Glocke, 30.11.1973.

34 O. A., Ahlener Arbeitskräfte jetzt nach Harsewinkel? SPD: Einstellung von Gastarbeitern aus Süddeutschland in Anbetracht neuer Arbeitsloser unvertreibar, in: Die Glocke, 11./12.1.1975.

35 Stefan Zeppenfeld, Vom Gast zum Gastwirt?, S. 317 und 321 f. Für den Kreis Gütersloh vgl. zum Beispiel o. A., Ausländer-Anteil unter den Straffälligen wächst, in: Die Glocke, 17.11.1980; o. A.,

waltung, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen oder den Kirchen hervorrief. So befürchtete die Evangelische Kirchengemeinde Gütersloh im Februar 1989, dass gerade in Blankenhagen viele Kinder sich in ihrer Freizeit selbst überlassen seien, sich Mittagessen aus der Imbissbude holten, nachmittags stundenlang vor dem Fernsehapparat verbrachten (oder aber sie »lungern draußen herum«), weshalb gerade im Hauptschulalter die Gefahr der Jugendkriminalität ansteigen würde.³⁶ Die Beobachter hatten hierbei insbesondere migrantische Kinder und Jugendliche im Blick. Denn in diesen Jahren hatten es diese im Zuge der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit auch durch die zusätzliche rechtliche Diskriminierung ungleich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.³⁷ Ratsherren und -frauen appellierten daher an die ansässigen Firmen, im gleichen Verhältnis auch ausländische Jugendliche bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen zu berücksichtigen.³⁸ Die engen Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedern der Stadtverwaltung sowie vor allem des Stadtdirektors zu den Firmenspitzen führten dazu, dass zwischen 1984 und 1987 eine »Klinkenputz-Aktion« ins Leben gerufen wurde, wodurch jährlich Dutzende zusätzliche Ausbildungsplätze angeboten werden konnten. Hiervon sollten allerdings migrantische Jugendliche in nur geringem Umfang profitieren. Größer waren die Zahlen bei den Kooperationen mit dem Kolping-Bildungswerk, das bereits seit einigen Jahren Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung (MSBE) angeboten hatte, die wie in anderen bundesdeutschen Städten auch nicht zuletzt an migrantische junge Männer und Frauen der »zweiten Generation« gerichtet waren.³⁹ Darunter fielen bestimmte Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung dieser Jugendlichen mit dem Ziel, die deutsche Sprache zu erlernen beziehungsweise zu verbessern, die Wahl eines geeigneten Berufs zu unterstützen und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu verbessern – insbesondere von Frauen, die in der Mehrzahl allenfalls Hilfsarbeiterstellen ausfüllten.⁴⁰ Auch die Berufsberatung des Arbeitsamts im Kreis Gütersloh war eine solche Maßnahme, die Ende der 1970er-Jahre rund 200 ausländische Jugendliche jährlich in Anspruch nahmen.⁴¹

Noch immer große Vorurteile gegenüber Ausländern (Leserbrief), in: Die Glocke, 3.3.1980; o. A., Kriminalität: 194 Türken straffällig, in: Die Glocke, 20.2.1980.

36 Evangelische Kirchengemeinde Gütersloh, Zuordnung und Auswertung der Stellungnahmen und Aussagen von Vereinen und Institutionen, Februar 1989. Stadtarchiv Gütersloh, E 4671.

37 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 5.6.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 690; o. A., Ausbildungsplätze gab es für 193 junge Ausländer. Größter Teil der Jugendlichen kommt aus der Türkei, in: Die Glocke, 20.10.1980.

38 Niederschrift über das Vorstellungsgespräch des Arbeitskreises ausländischer Kulturvereine in Gütersloh, 25.2.1980, Stadtarchiv Gütersloh, E 2455. Vgl. auch o. A., Ausbildungsplätze gab es für 193 junge Ausländer.

39 O. A., MSBE: Chance für junge Ausländer auf Integration durch Ausbildung. Kolping-Bildungswerk bietet auch in GT erfolgreich Lehrgänge an, in: Die Glocke, 23.4.1982.

40 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 19.5.1981, Stadtarchiv Gütersloh, E 2445.

41 O. A., Ausländische Jugendliche haben kaum Berufschancen. Viele erreichen nicht einmal den Hauptschulabschluss – Von Berufsberatung wird gerne Gebrauch gemacht, in: Die Glocke, 3.1.1977.

Hintergrund vieler dieser Vorkehrungen war jedoch nicht allein der Wunsch, die Jugendlichen in Beschäftigung zu bringen. Vielmehr trieb die Verwaltung die Sorge um die mutmaßliche Dominanz türkischer Jugendlicher wie im Gütersloher Jugendzentrum, was das örtliche Jugendamt vor einige Ratlosigkeit stellte⁴², sowie eine angeblich ansteigende Kriminalität. Dass ein größerer Teil gerade türkischstämmiger Jugendlicher aufgrund des Zeitpunkts ihrer Einreise nach dem Anwerbestopp keine Arbeitserlaubnis hatte und daher zu über 80 % den Café-Bereich im Jugendzentrum »belegte«, wurde hingegen ausgeblendet.⁴³ Stattdessen wurde wie im zuvor beschriebenen Fall des Rhedaer Jugendzentrums vor allem auf die Reibungen und Konflikte zwischen ihnen und den übrigen Jugendlichen abgehoben.⁴⁴ So erörterte man etwa im städtischen Sozialamt die Frage, was getan werden könnte, damit sich das Jugendzentrum nicht »zu einem echten Türkenzentrum wandelt«.⁴⁵

Zugleich war die zeitgenössische Einordnung dieser Beobachtungen ambivalent, auch in der Retrospektive der beteiligten Akteure. Viele muslimische »Gastarbeiter« waren in Harzewinkel und Gütersloh in festen Beschäftigungsverhältnissen, während die aramäischen Asylbewerber zunächst nicht arbeiten durften. Die Zahl von Arbeitslosen unter allen orthodoxen Christen im Kreisgebiet lag dementsprechend im Jahr 1988 bei 40 %.⁴⁶ Im Rückblick gelten die christlichen Aramäer:innen indes gemeinhin als migrantische »Vorzeigegruppe«, die sich im Kreisgebiet den »Gütersloher Geist« besonders gut einverleibt hätten.⁴⁷ Hier nahmen nicht zuletzt informelle Netzwerke, verwandtschaftliche und familiäre Kontakte eine kaum zu unterschätzende Bedeutung ein.⁴⁸ Individuelle Handlungsmacht lässt sich darüber hinaus an zahlreichen Einzel-Beispielen nachweisen. Das Überwinden von Arbeitslosigkeit – die teils strukturell bedingt war, wie durch das Arbeitsverbot für Asylsuchende 1982 – wurde von Einzelnen beispielsweise durch den Besuch von Sprachkursen oder den Gang in die Selbstständigkeit aufgefangen.

42 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 25.2.1980, StA GT, E 2445.

43 Vgl. zur fehlenden Arbeitserlaubnis zum Beispiel o. A., Ausländische Jugendliche haben kaum Berufschancen.

44 Vgl. demgegenüber aber den Leserbrief des AKSOM-Vorstandsmitglieds Michael Fust: Arbeitslos – und bestraft, Westfalen-Blatt, 19.3.1980.

45 Kurzniederschrift über die Besprechung am 22.5.1979 zum Problem der türkischen Jugendlichen, Stadtarchiv Gütersloh, E 690.

46 O. A., Gütersloh beherbergt 1300 Aramäer. Unter syrisch-orthodoxen Christen im Kreisgebiet Arbeitslosenquote 40 Prozent, in: Die Glocke, 12.8.1988.

47 Diese Aussage findet sich zahlreich. Vgl. exemplarisch die von Christoph Lorke geführten Interviews mit einer ehemaligen SPD-Stadträtin am 14.11.2022, einer Psychologin am 19.6.2023, einer Journalistin am 4.7.2023 sowie einem ehemaligen Lokalpolitiker am 12.10.2023.

48 Gaby Straßburger, Die türkischen Kolonien in Bamberg und Colmar – ein deutsch-französischer Vergleich sozialer Netzwerke von Migranten im interkulturellen Kontext, Bamberg 1996, vgl. auch Zeppenfeld, Vom Gast zum Gastwirt?

Wohnen

Wie geschildert, war das Wohnen eine der größten Herausforderungen für Migrant:innen, insbesondere für jene, die aus der Türkei in die Bundesrepublik gelangten. Bereits für die späten 1960er-Jahre lassen sich Beschwerden türkischer »Gastarbeiter« beim Gütersloher Ordnungsamt finden. Diese hatten sich über die menschenunwürdige Unterbringung in einer firmeneigenen Wohnung beschwert.⁴⁹ Wohnraumknappheit und Mietwucher waren Aspekte, die die Wahrnehmungen auch in den Jahren danach prägen sollten. Besonders drastisch schilderte Die Glocke die Situation im Jahr 1970: »Getrennt von ihren Angehörigen, im Betrieb von anders sprechenden und anders denkenden Kollegen umgeben, in einem naßkalten Witterungsbereich, am Feierabend in eine bessere Baubude eingepfercht, so sieht ihr Leben hier meistens aus« – so berichtete die Zeitung von den Wohnungen, die sich oftmals in Altbauten befanden und »in die ein deutscher Mieter freiwillig niemals einziehen würde«.⁵⁰ Jenes Wohnen in »Schandflecken« erinnerte auch das Westfalen-Blatt an Zeiten vor 1945⁵¹, weshalb sich auch der damalige Bürgermeister Heinz Kollmeyer (CDU) in die Debatte einschaltete und vehement den Mietwucher monierte.⁵² Waren diese Beobachtungen noch allgemeiner Natur, so bezogen sich andere Jahre später vor allem auf die Wohnverhältnisse türkischer Migrant:innen, denn von den 183 wohnungssuchenden Familien im Jahr 1979 waren 107 nichtdeutsche Familien, hiervon ein Großteil türkische Familien mit unterdurchschnittlichen Einkommen – in den Augen der Verwaltung in erster Linie »bedingt durch eine völlig andere Mentalität« sowie den häufig auftretenden Kinderreichtum.⁵³

Dieser Umstand wurde zunehmend in der lokalen Presse skandalisiert.⁵⁴ Mit der Schlagzeile, das »Wohnungsproblem in der Stadt Gütersloh [sei] ein Ausländerproblem«, titelte das Westfalen-Blatt noch im Januar 1981, um die Quintessenz auf einer Pressekonferenz des Bauförderungsamts auf den Punkt zu bringen. Hervorgehoben wurden darin die besonderen Probleme der Migrant:innen aus der Türkei auf dem lokalen Wohnungsmarkt. Auf der genannten Pressekonferenz berichtete

49 Aktenvermerk, 7.7.1967, Stadtarchiv Gütersloh, E 3933. Auch in Harsewinkel traten derartige Probleme auf. Spanische Mitarbeiter traten zum Beispiel wegen einer drohenden Verschärfung der Überbelegung der Werkwohnungen in einen wilden Streik. Vgl. o. A., Protest gegen Überbelegung der Zimmer. Spanier bei Claas traten in den Streik, in: Die Glocke, 8.5.1973.

50 O. A., Mißtrauen und Mietwucher hemmen Eingliederung. Situation der Gastarbeiter in der Stadt Gütersloh. Ausländer unter uns – Wie ist es um Lebensbedingungen bestellt?, in: Die Glocke, 5.5.1970.

51 O. A., Zufrieden und verbittert. Das Wohnungsproblem der Gastarbeiter ist nur mit mehr Verständnis zu lösen, in: Westfalen-Blatt, 5.6.1971.

52 O. A., Der Bürgermeister hat das Wort: Trabajo – Lavoro und ein Zimmer zu dritt, in: Westfalen-Blatt, 5.6.1971. Vgl. zum Thema Wohnen, Mietpreis und Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Karl-Christian Führer, Die Stadt, das Geld und der Markt. Immobilienspekulation in der Bundesrepublik 1960–1985, Berlin/Boston 2016.

53 Bestandsaufnahme der Maßnahmen im Rahmen der Betreuung ausländischer Mitbürger durch die Stadt Gütersloh und andere Träger, 12.3.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 1935.

54 Vgl. Jens Gründler, Migration und Wohnen im ländlichen Ostwestfalen von 1970 bis in die 1990er-Jahre, in: Matthias Frese/Thomas Küster/Malte Thießen (Hrsg.), Varianten des Wandels. Die Region in der jüngsten Zeitgeschichte 1970–2020, Paderborn 2023, S. 462–492.

der Amtsleiter, dass circa 70 % aller Wohnungssuchenden »Ausländer« seien, von denen besonders die »Türken« schwer zu vermitteln seien:

»Von den 1980 neu registrierten Wohnungssuchenden konnten innerhalb dieses Jahres 72 Prozent der Deutschen, 66 Prozent der Ausländer (ohne Türken), aber nur 36 Prozent der Türken vermittelt werden. Noch sind die großen Baugesellschaften in Gütersloh bereit, ausländische Familien in ihre Wohnblocks aufzunehmen. Sollte dies nicht mehr der Fall sein (erste Anzeichen sind bereits erkennbar), würde die Situation der ausländischen Wohnungssuchenden – insbesondere die der Türken – hoffnungslos werden.«

Die »Vorurteile« der alteingesessenen Bevölkerung führten dazu, so die Verwaltung, dass sie auf dem freien Wohnungsmarkt nur erfolgreich waren, wenn die Wohnungen sonst nicht oder nur schwer zu vermieten waren. So führte der Amtsleiter weiter aus, »[d]ie weiterhin großen Vorurteile den Ausländern gegenüber und gerade bei der Vermietung stell[t]en ein wachsendes Problem dar, und man [habe] Sorge, daß sich sozialpolitischer Sprengstoff ansammeln könnte«. ⁵⁵ Die hier artikulierten Schwierigkeiten bei der wohnlichen Unterbringung und die Diskriminierungsstrukturen, die sich auch für den Kreis sowie andere Gegenden der Bundesrepublik feststellen lassen ⁵⁶, waren in jener Zeit immer wieder Gegenstand der verwaltungsinternen Debatten. So trug Stadtdirektor Gerd Wixforth dem Sozialausschuss im Sommer 1981 vor, dass es vor allem türkische Mitbürger:innen waren, die »erhebliche Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt« ⁵⁷ hatten. Auch die Vorurteilsstrukturen und die Tatsache, dass deutsche Vermieter gegenüber Ausländer:innen »erhebliche Vorbehalte« hätten, wurden verstärkt innerhalb der Stadtverwaltung wahrgenommen. ⁵⁸

Besonders im Blickpunkt stand – und steht in vielerlei Hinsicht bis heute – in Gütersloh der Stadtteil Blankenhagen, der außerhalb des eigentlichen Stadtgebiets etwa vier Kilometer vom städtischen Zentrum aus gesehen im Nordwesten gelegen und somit in der Einflugschneise des britischen Militärflughafens gebaut worden war. Ursprünglich als Projekt des sozialen Wohnungsbaus für einkommensschwächere Schichten als Wohnstätte gedacht, wurde Blankenhagen bald schon zu einem bevorzugten Wohnort für Migrant:innen. Hier, wo um die 3.000 Menschen lebten und leben, gab es für Gütersloher Verhältnisse einen hohen Anteil an Mietwohnungsbauten in drei- bis sechsgeschossigen Häusern und eine relativ hohe Fluktuation an Mietparteien. Der Anteil von Nichtdeutschen erhöhte sich von 12,9 % im Jahr 1975 auf 29,1 % 1988. Dies war Anlass dafür, dass die Stadtverwaltung seit den 1970er-Jahren in regelmäßigen Abständen Grundsatzpapiere erstellte, um die Entwicklung des Stadtteils Blankenhagen beobachten, kontrollieren und moderieren zu können. Diese Dokumente spiegeln einerseits die Entdeckung und Definition

55 O. A., »Wohnungsproblem in der Stadt Gütersloh ist ein Ausländerproblem«, in: Westfalen-Blatt, 17.1.1981.

56 Lena Foerster, Hochofen, Maloche und »Gastarbeiter«. Ausländerbeschäftigung in Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets in den 1950er bis 1980er Jahren, Stuttgart 2021.

57 Stadtdirektor Wixforth an den städtischen Sozialausschuss, 10.6.1981, Stadtarchiv Gütersloh E 1598.

58 O. A., 538 Haushalte oder 1511 Personen suchen zur Zeit eine Wohnung. Davon sind 57 Prozent Ausländer, in: Neue Westfälische, 19.2.1982.

sozialer Problemlagen, reproduzierten diese aber auch durch eine damit einhergehende vermeintliche »Sonderbehandlung«. In diesen Papieren wurden auch Maßnahmenpakete entwickelt und besprochen, um das Ankommen im Stadtteil zu erleichtern. Hierzu gehörten soziale und rechtliche Beratungsangebote, Anlaufstellen, Kursangebote oder auch ein Frauenfrühstück, organisiert vom Verein »Stadtteilarbeit Blankenhagen«. Diese Angebote zogen regelmäßig viele aramäische Familien an, was zur Folge hatte, dass nationale Türken nur selten diese Angebote nutzten; religiöse Motive führten hier zu einer entsprechenden Abgrenzung.⁵⁹

Neben der sozialen Einbindung und der Ankommensunterstützung war es aber allem voran das Wohnen, das regelmäßig in das Visier der städtischen Beobachtung rückte: Im Dezember 1981 betrug die Zahl von Ausländer:innen in Blankenhagen 675 von 3.000, wobei die circa 1.300 Angehörigen der britischen Streitkräfte nicht mitgerechnet wurden. Davon stellten Türk:innen mit 349 Personen mehr als die Hälfte. In einigen Straßen und Wohnblocks wurde der Ausländeranteil auf 70 bis 80 % geschätzt. Dem städtischen Hauptausschuss erschien es außerordentlich schwierig, dort »integrierend tätig zu sein«. Die Veränderung aufgrund der Zuwanderung türkischer und aramäischer sowie des Wegzugs anderer Ausländergruppen und Deutscher habe zu einer Konzentration geführt, wobei eine Entlastung in Ermangelung alternativer Wohnangebote als problematisch bezeichnet wurde. Künftiges Ziel der Stadt müsse es sein, den Zuzug von »Problemfamilien« zu unterbinden und damit die »Situation nicht zu verschärfen, da die hier aufgezeigte Situation nicht nur im Interesse der in Blankenhagen wohnenden Deutschen, sondern auch im Hinblick auf die angestrebte Integration der in Blankenhagen wohnenden Ausländer nicht wünschenswert ist«. ⁶⁰ Derartige verwaltungsinterne Einschätzungen fanden ihren Niederschlag auch in einer entsprechenden medialen Berichterstattung, die die soziale wie symbolische Randlage des Stadtteils zusätzlich verstärken konnte.⁶¹ Auch im Rahmen der gut besuchten Diskussionsveranstaltungen wurde das vermeintliche Verdrängen der Deutschen immer wieder beklagt und zugleich Ängste vor einer Gettoisierung des Stadtteils formuliert.⁶² Dieser lokale Diskurs um die narrative Konstruktion von »Gettos« verdeutlicht eindrücklich die vielfachen Verbindungen von nationalen und regionalen Debatten sowie die regionale Aneignung nationaler Narrative – und Ähnliches lässt sich auch für Harsewinkel konstatieren. Hier war es Dammanns Hof, eine Hochhaussiedlung für britische Soldaten, die ab 1985 für einige Jahre vor allem durch türkische Migrant:innen bewohnt

59 Schreiben von »Stadtteilarbeit Blankenhagen e.V.« an das städtische Sozialamt, 20.11.1987, Stadtarchiv Gütersloh E 8957.

60 Gesamtuntersuchung und Strukturanalyse für den Ortsteil Blankenhagen. Gliederung auf der Grundlage der Strukturanalyse aus dem Jahre 1981 sowie der Auswertung der Niederschrift der Hauptausschußsitzung vom 7. März 1988, Stadtarchiv Gütersloh, E 5905.

61 O. A., Probleme mit Türken nehmen zu ... in Blankenhagen, in: Westfalen-Blatt 15.1.1981; o. A., Vom Leben und Wohnen in einem ungeliebten Stadtteil. Evangelische Kirchgemeinde fragt: »Was wird aus Blankenhagen?«, in: Neue Westfälische, 13.1.1981; o. A., Blankenhagen ist viel besser als sein Ruf, nur: Ausländeranteil darf nicht weiter wachsen, in: Neue Westfälische, 15.1.1981; o. A., Kommentar: Die Probleme Blankenhagens, in: Neue Westfälische, 16.6.1988.

62 O. A., »Wenn Ausländer kochen, riecht es so komisch!«. Aussprache ergab: Blankenhagen will kein »Kreuzberg« werden, in: Neue Westfälische, 5.2.1981.

wurde.⁶³ Anfang der 1980er-Jahre diskutierte die lokale Verwaltung der britischen Armee, die die 225 Wohnungen in dem Komplex angemietet hatte, die Aufgabe der Mietverträge, da sich die Beschwerden der Soldaten und ihrer Familien über die Wohnverhältnisse in dem Komplex verschärft hatten. Die Stadtverwaltung informierte das Landesministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, dass direkt im Anschluss an den Auszug der britischen Militärangehörigen »fast täglich weitere türkische Familien Wohnungen in den Hochhäusern«⁶⁴ bezögen, sodass im Oktober 1985 bereits 52 von 54 geräumten Wohnungen neu vermietet waren.

Ein Dossier, das das Sozialamt zu Dammanns Hof erstellt hatte, enthielt neben Angaben zur Familiengröße zum Beispiel auch solche zum Arbeitsverhältnis der Bewohner:innen. Offenbar hatte das Amt Informationen zu allen Personen erhoben, die dort im November 1985 bereits eingezogen waren. Sieben Wohnungen waren mit deutschen Familien mit insgesamt 22 Personen belegt und in 35 Wohnungen lebten 186 Personen aus der Türkei. Eine Familie aus Jugoslawien mit drei Personen belegte eine weitere Wohnung. Insgesamt 96 der 211 Bewohner:innen erhielten Sozialhilfe, davon waren 79 aus der Türkei, 17 waren Deutsche.⁶⁵ Es ist zu vermuten, dass es sich bei den migrantischen Sozialhilfeempfänger:innen meist um asylbegehrende Aramäer:innen handelte, die von Arbeitsverboten betroffen waren. Die in der Aufstellung aufgeführte Religionszugehörigkeit legt den Schluss nahe, da nur eine der 14 Familien mit Sozialhilfebezug muslimischen Glaubens war. In den anderen türkischen Haushalten mit insgesamt 107 Personen arbeitete oft mindestens ein Familienmitglied anscheinend mit ausreichendem Einkommen, häufig beim Landmaschinenhersteller Claas.⁶⁶ Während die beschäftigten Mieter:innen über den Wohnungsmarkt nach Dammanns Hof kamen, waren die Asylbegehrenden in der Regel durch das Sozialamt in den Wohnkomplex vermittelt worden.

Im Frühjahr 1986, als nahezu alle der 225 Wohnungen von migrantischen und/oder von Sozialhilfe oder anderen Unterstützungsleistungen abhängigen Familien bewohnt wurden, skandalisierten Anwohner:innen und Presse das »Ausländerghetto« Dammanns Hof. Die Stadtverwaltung in Harsewinkel nahm diese Auseinandersetzungen zum Anlass, für die »Entschärfung« der Situation in Dammanns Hof national renommierte Stadtplaner zu beschäftigen.⁶⁷ Das entsprechende Gutachten lag allerdings erst im Februar 1988 vor. Nach Auffassung der Stadtplaner waren die

63 Ausführlich zu Dammanns Hof in *Gründler*, Migration und Wohnen.

64 Bürgermeister Stadt Harsewinkel an Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr NRW, 15.10.1985, in: Probleme bei der Unterbringung von Ausländern in der Stadt Harsewinkel, Kreisarchiv Gütersloh, A 03e/01 Sozialamt – 022.

65 Bericht der Abteilung 3a, Harsewinkel 18.11.1985, in: Probleme bei der Unterbringung von Ausländern in der Stadt Harsewinkel, Kreisarchiv Gütersloh, A 03e/01 Sozialamt – 022. Aus der Auflistung geht klar hervor, dass damit nicht deutsche Staatsangehörige, sondern die ethnischen Gruppen gemeint waren.

66 Vgl. ebd.

67 *Thomas Sieverts/Peter Zlonicky*, Städtebauliches Gutachten. Harsewinkel Hochhäuser Dammanns Hof, 1988, Kreisarchiv Gütersloh, A 03f/01 Planungsamt: Raum- und Städteplanung. Die Gutachten wurden vom Dortmunder Professor Peter Zlonicky (Architektur und Stadtplanung) und dem Bonner Professor Thomas Sieverts (Architektur) erstellt. Vgl. auch o. A., »Dammanns Hof«: Zwei Professoren arbeiten nun mit, in: Westfalen-Blatt, 10.6.1987. Vgl. zu Sieverts und dem Konzept der Zwischenstadt *Clemens Zimmermann*, Die »Suburbanisierung« als Konzept der Stadt-Land-Beziehungen, in: *Franz-Werner Kersting/Clemens Zimmermann* (Hrsg.), Stadt-Land-

Häuser und Wohnungen komplett zu renovieren, die Außenanlagen und Verkehrsführung neu zu konzipieren. Das Gutachten unterstützte den Vorschlag, circa 100 Wohnungen zu kaufen. Ein Block mit 50 Wohnungen sollte abgerissen werden, in den übrigen Wohnungen Menschen mit Behinderungen untergebracht werden.

Die Gutachter unterstrichen die bereits zirkulierenden Wahrnehmungen von Dammanns Hof:

»Mit dieser Maßnahme möchte die Stadt Harsewinkel eine weitere Zusammenballung von Ausländern (insbesondere Türken) in der Siedlung vermeiden. Die bereits bestehende Gettoisierung wirkt zweifellos eine Reihe von sozialen und finanziellen Problemen auf. [...] Wenn der Häuserblock nicht abgerissen wird, wird sich nicht vermeiden lassen, daß die leerstehenden Wohnungen von Aussiedlern und weiteren Ausländern belegt werden. Dies entspricht jedoch nicht den berechtigten Vorstellungen der Stadt Harsewinkel, eine weitere Gettoisierung zu vermeiden.«⁶⁸

Blankenhagen und Dammanns Hof galten im lokalen Diskurs als »soziale Brennpunkte«, deren Bewohner:innen sozial und ethnisch »fremd« waren. Entsprechend lässt sich vom Beginn der 1970er-Jahre bis in die Gegenwart hinein der »Widerstand« der alteingesessenen Bevölkerung und Anlieger gegen die Wohnsiedlungen nachvollziehen, der in der Regel auf »Überfremdungsängsten« sowie der Furcht vor Wertverlust eigener Immobilien beruhte und in Bürgerinitiativen seinen Ausdruck fand. Das Agieren der Parteien war dabei häufig widersprüchlich: An der Position der lokalen CDU lässt sich diese Ambivalenz gut festmachen: Zuerst forderten und förderten politische Akteure die Wohnprojekte, um dann die »Wohnverhältnisse« und die angeblich fehlenden Integrationsleistungen zu monieren und Grenzziehungen zu verstärken. Die Stimme der Migrant:innen lässt sich in diesen Auseinandersetzungen nur schwer vernehmen. Das liegt einerseits daran, dass sie im Verwaltungsschriftgut nur selten dokumentiert wurde und andererseits in der Presse kaum eine Rolle spielte. Zudem kommt das Thema trotz seiner zeitgenössischen Bedeutung in vielen Gesprächen mit Zeitzeug:innen eher selten vor. Diejenigen, die es sich finanziell leisten konnten, erwarben Eigentum oder zogen in andere Stadtteile oder Gemeinden.

Schule und (Aus-)Bildung

Am vierten und letzten Bereich lassen sich administratives und unternehmerisches Wirken besonders gut nachweisen, zumal am Beispiel der Stadt Gütersloh. Dort war mit der Einrichtung der »Beratungsstelle für ausländische Mitbürger« der Startschuss für umfassende Maßnahmen für die »Ausländerbetreuung« gegeben, aus der sich zahlreiche weitere Initiativen entwickeln sollten. Anzuführen wäre beispielsweise die Erstellung und Veröffentlichung einer mehrsprachigen Informa-

Beziehungen im 20. Jahrhundert. Geschichts- und kulturwissenschaftliche Perspektiven, Paderborn 2015, S. 55–68.

⁶⁸ Sieverts/Zlonicky, Städtebauliches Gutachten. Der angedachte Abriss wurde allerdings durch die verstärkte Zuwanderung von »Spätaussiedlern« verhindert. Vgl. dazu ausführlich Gründler, Migration und Wohnen.

tionsbroschüre für ausländische Mitbürger:innen. Die 40-seitige Broschüre erschien 1981, behandelte Stichworte von A wie »Ämter« bis V wie »Vorsorgeuntersuchung«, war in sechs Sprachen verfügbar, hatte eine Auflage von 4.200 Stück und konnte unentgeltlich beschafft werden. Die Broschüre rief bundesweit eine »Lawine des Interesses« hervor und wurde von Aachen bis Weißenburg in Bayern bestellt, weshalb 500 Stück der deutschsprachigen Ausgabe nachgedruckt werden mussten.⁶⁹ Ein weiteres Beispiel ist die Kindergartenbroschüre »Komm und spiel' mit uns« in sieben Sprachen, die 1979/80 entwickelt wurde und für die die städtische Verwaltung auf Anregungen ähnlicher Veröffentlichungen aus Duisburg und Herford zurückgriff.⁷⁰ Durch das Informationsmaterial versprachen sich die Verantwortlichen ein frühzeitiges Überwinden der Sprachbarrieren und folglich eine »bessere Integration«.⁷¹ Allerdings war diese Einbindung der Kindergartenträger in die Sprachförderung noch Mitte der 1980er-Jahre nicht im gesamten Kreisgebiet zur Regel geworden. In Harsewinkel zum Beispiel diskutierte man noch im Dezember 1983 darüber, dass man die Kindergärten in die Frühförderung einbinden müsse.⁷² Hintergrund dieser Sprachförderung und gezielten Ansprache migrantischer Eltern waren übergreifende Bildungsherausforderungen, mit denen sich der Gütersloher Schulausschuss spätestens seit den mittleren 1970er-Jahren verstärkt konfrontiert sah. So empfand er es als »bedenklich«, dass 36 »Türkenkinder« in den Schulen vor Ort nicht gemeldet waren.⁷³ Auch die Tatsache, dass von 331 türkischen Kindern an Gütersloher Schulen lediglich drei Real-, aber 118 Hauptschulen besuchten (1979), sowie der Befund, dass die Hälfte aller ausländischen Schüler:innen keinen Hauptschulabschluss erreichte, stimmte die Verantwortlichen nachdenklich.⁷⁴ Es waren hauptsächlich türkischstämmige Jugendliche, die Schwierigkeiten hatten, einen Arbeitsplatz zu erhalten, was mit der Erhebung des Unternehmerverbands kollidierte, wonach etwa 500 Arbeitsplätze nicht besetzt werden konnten.⁷⁵

69 O.A., Ausländerbroschüre ist im Bundesgebiet gefragt, in: Westfalen-Blatt, 30.1.1981.

70 O.A., Mehr Ausländerkinder in Gütersloher Kindergärten. Werbende Broschüren der Stadt in sieben Sprachen erschienen: »Komm und spiel mit uns!«, in: Die Glocke, 24.1.1980; o.A., Broschüre für die Ausländer, in: Die Glocke, 4.7.1979; vgl. Stadtarchiv Gütersloh, E 735.

71 Jugendamt der Stadt Gütersloh an die Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses; 18.6.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 735.

72 O.A., Die deutsche Sprache gezielt fördern, in: Die Glocke, 14.12.1983; vgl. auch o.A., Adam: Türkische Schulkinder müssen Deutsch können, in: Die Glocke, 26.10.1983. Überhaupt erscheint die lokale Schulpraxis unkoordiniert zwischen Förderklassen, integrativer Beschulung und muttersprachlichem Unterricht zu oszillieren. O.A., Nach zwei Jahren normaler Unterricht?, in: Die Glocke, 22.3.1989; o.A., 24 Türkenkinder lernen zusammen in einer Klasse, in: Westfalen-Blatt, 22.3.1979; o.A., Werden Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder abgeschafft?, in: Neue Westfälische, 13.6.1981; o.A., Türkische Kinder haben jetzt eine eigene Schulklasse, in: Neue Westfälische, 22.3.1989; o.A., Zugezogene Türkenkinder kommen in Anfangsklassen. Keine neuen Zugänge zur Gemeinschaftsgrundschule, in: Die Glocke, 23.10.1985.

73 O.A., Eigene Klassen nur noch für Griechen und Türken, in: Neue Westfälische, 9.7.1976.

74 Auch zu Beginn der 1980er-Jahre waren zahlreiche Probleme noch ungelöst, wie auf einer Podiumsdiskussion mit Stadtdirektor Wixforth deutlich wurde. Vgl. o.A., Für ausländische Kinder noch ungelöste Probleme, in: Die Glocke, 17./18./19.6.1981.

75 Niederschrift über die Sitzung des Koordinierungs-/Arbeitskreises zur Betreuung ausländischer Mitbürger, 5.6.1979, Stadtarchiv Gütersloh, E 690.

Es überrascht folglich nicht, dass die ansässigen Unternehmen und ihre Leitungen frühzeitig an Maßnahmen auf dem (erweiterten) Bildungssektor beteiligt waren; hier spielte das mittelstädtische Setting mitsamt räumlicher Nähe und teils jahrzehntelangen persönlichen Bekanntschaften, wie zwischen dem langjährigen Stadtdirektor Wixforth und den Unternehmensführungen, eine ausschlaggebende Rolle.⁷⁶ Die 1977 gegründete, in Gütersloh ansässige Bertelsmann-Stiftung avancierte zu einem gewichtigen Partner der Stadtverwaltung und förderte etwa eine 1981 unter dem Titel »Integration von Ausländern, Illusion oder realistische Perspektive?« veröffentlichte Studie mit einer Vielzahl von Vorschlägen, um die Integration von Migrant:innen voranzutreiben. Verfasst wurde diese 250-seitige Arbeit von dem Wuppertaler Soziologen Friedemann Tiedt, einem Experten für »Ausländer« im Allgemeinen und Jugendarbeitslosigkeit im Besonderen. Sie enthielt Dutzende Vorschläge, um die »Integration« ausländischer Familien in der Stadt zu befördern, und erlangte bundesweite Aufmerksamkeit. Somit hatte sich die Hoffnung der Stiftung, eine Pilotfunktion und »für Mittelstädte in der Größenordnung von Gütersloh Modellcharakter«⁷⁷ auszuüben, erfüllt. Ferner unterstützte die Stiftung in enger Absprache mit der städtischen Verwaltung die Einrichtung des »Helfer- und Multiplikatorenkreises zur Verbesserung der Situation ausländischer Mitbürger« im Oktober 1982.⁷⁸

Dieser Kreis setzte sich aus einem guten Dutzend Muttersprachler:innen aus Gütersloh zusammen und fungierte als zentrale Beratungs- und Informationsplattform für Migrant:innen, etwa bezogen auf den Kindergarten- und Schulbesuch, Freizeitangebote oder Deutschkurse. Einrichtung und Vergütung der Helfer:innen wurden wiederum von der Bertelsmann-Stiftung mitfinanziert, zumindest in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit. Wiederholt konnte mit dem Label »Modellversuch« weit über Gütersloh hinaus Bekanntheit generiert werden.⁷⁹ Ein weiteres Projekt war die Einrichtung zweier Leseclubs im Ort, einer davon im Stadtteil Blankenhagen, getragen aus Mitteln der Stiftung sowie der Deutschen Gesellschaft für Lesen. Im Zentrum stand dabei die Leseförderung insbesondere sozial benachteiligter Kinder beziehungsweise von Kindern mit Migrationsgeschichte. Die Kosten für die Grundausrüstung, Personal- und Sachkosten und die laufenden Ausgaben zumindest für die ersten drei Jahre übernahm die Stiftung. Die Gütersloher Leseclubs waren die ersten ihrer Art in der Bundesrepublik, weshalb die zeitgenössische Presse auch hier von einem »Modell Gütersloh« sprach.⁸⁰

Auf auffällige und medienwirksame Weise wurden somit unternehmerische und kommunalpolitische Interessen synchronisiert, legte die Stiftung doch besonderen

76 Vgl. zur Bedeutung Wixforths sowie zu den unternehmens- und kommunalpolitischen Beziehungen vor Ort *Christoph Lorke*, Verbindungen, Verflechtungen und Verwicklungen: Kommunale Verwaltung und Unternehmensführung in Gütersloh seit den 1970er-Jahren, in: Westfalen/Lippe historisch, URL: <<https://hiko.hypotheses.org/2955>> [6.2.2024].

77 Notiz Hans-Dieter Weger (Bertelsmann-Stiftung) an Reinhard Mohn, 28.6.1981, Archiv Bertelsmann, AS0051_13.

78 Vgl. unter anderem: O. A., Ausländerbeirat stimmte für eine neue Integrationseinrichtung. »Helferkreis« soll chronisches Sprachproblem überwinden helfen, in: Neue Westfälische, 9.2.1982.

79 Zweiter Tätigkeitsbericht der Bertelsmann-Stiftung, 1983/84, S. 78–79, Archiv Bertelsmann.

80 O. A., Modell Gütersloh: Beide Leseclubs schon bewährt. Gemeinschaft deutscher und ausländischer Kinder, in: Die Glocke, 21.2.1981.

Wert auf medienpädagogische Projekte (und ihre Sichtbarkeit).⁸¹ Dass es dann vor allem wieder der Stadtteil Blankenhagen war, für den bildungsmäßige Defizite konstatiert wurden, bestätigte die Notwendigkeit dieser Maßnahme aus Sicht der Unternehmer ex post. Denn an der dortigen Grundschule hatten Eltern und Lehrer:innen sich »äußerst beunruhigt über den erschreckend hohen Anteil der ausländischen Schüler« gezeigt, der im Schuljahr 1986/87 bei den Lernanfänger:innen bei über 70 % und in der gesamten Schule bei 54 % gelegen habe, was dazu geführt hatte, dass deutsche Eltern ihre Kinder nicht mehr dort beschulen lassen wollten.⁸² Zwei Elternvertreter hatten sich daher an den nordrhein-westfälischen Kultusminister Hans Schwier gewandt, der den zuständigen Fachdezernenten einschaltete.⁸³ In Harsewinkel gab es im Zusammenhang mit Dammanns Hof ganz ähnliche »Befürchtungen« der einheimischen Anwohner:innen, die durch den Zuzug mehrerer Hundert »türkischer« Familien in den Wohnkomplex innerhalb weniger Wochen den schulischen Erfolg der eigenen Kinder gefährdet sahen.⁸⁴ In Blankenhagen wurde als Reaktion der Austausch mit einer Gelsenkirchener Grundschule gesucht und zudem zahlreiche Bildungsangebote initiiert (muttersprachlicher Ergänzungsunterricht, Ganztagsbetreuung, Hausaufgabenhilfe und zusätzliche Deutschkurse).⁸⁵

Im Kreisgebiet wurden ähnliche Projekte angestoßen. Die Begegnungs- und Beratungszentren von AWO und Caritas entwickelten sich aufgrund der Wohnsituation in Dammanns Hof zu zentralen Orten für Kinder und Jugendliche, mit einem ähnlichen Angebot wie in Blankenhagen.⁸⁶ Damit wurde den damals drängenden bildungsrelevanten Herausforderungen begegnet. Fehlendes geeignetes Personal, die latente Kritik am muttersprachlichen Unterricht, die Bedeutung von Hausaufgabenbetreuung beziehungsweise Silentien sowie weitere nachmittägliche Betreuungsangebote, die Wahrnehmung kultureller Rückständigkeit und grassierende Überfremdungsängste in Schulen beziehungsweise in Lehrerkollegien oder Elternschaft,

81 Ebd. Vgl. dazu die unternehmensinterne Kommunikation, die darauf deutet, dass es der Stiftung (auch) um eine entsprechende Wahrnehmung der geförderten Projekte ging: Hans-Dieter Weger (Geschäftsführer der Bertelsmann-Stiftung) an Reinhard Mohn, 8.2.1980, Archiv Bertelsmann, AS0051_13.

82 Schulleitung der Grundschule Blankenhagen an den Sozialamtsleiter der Stadt Gütersloh, Dr. Bernhard Cordes, 8.10.1986, Stadtarchiv Gütersloh, E 9182.

83 O. A., Sorgen bei Eltern und Lehrern. Mit »neuen Konzepten« Schülerchancen sichern. An Grundschule Blankenhagen 54 Prozent Ausländer, in: Die Glocke, 6.12.1986.

84 Vgl. *Susanne Otto*, Nachbarschaft. Die Meinung, in: Die Glocke, 11.12.1985; Entscheidungen müssen vom Kultusministerium kommen; o. A., »Dammanns Hof« Thema der letzten Schulausschusssitzung, in: Die Glocke, 6.11.1985; o. A., Türkische Familien schon in Hochhäuser eingezogen, in: Die Glocke, 26.9.1985. Die Zahlen türkischer Schüler:innen an Schulen in Harsewinkel lagen aber bedeutend niedriger. Den höchsten Anteil ausländischer Schüler:innen wies die Gemeinschaftsgrundschule mit circa 45 % auf. Vgl. o. A., Schulausschuß: Lieber viele Aramäer als unterschiedliche Nationen, in: Die Glocke, 15./16.3.1986.

85 Gesamtuntersuchung und Strukturanalyse für den Ortsteil Blankenhagen (1988), Stadtarchiv Gütersloh, E 5905.

86 Vgl. zum Beispiel o. A., Nicht nur bei der Hausaufgabenhilfe: Beratungszentrum hat zu wenig Platz, in: Die Glocke, 2.4.1987; o. A., Ausländerberatungszentrum: Keine Konkurrenz aufbauen, in: Die Glocke, 3.11.1986. Erste Sondierungen der Angebote in Harsewinkel finden sich bei *Gründler*, Migration und Wohnen.

die Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung (MSBE), die vor allem an migrantische junge Männer und Frauen der »zweiten Generation« gerichtet waren – diese Palette an Aspekten unterstreicht die Vielfalt an Problemlagen, mit denen die Stadtverwaltungen in beiden Städten konfrontiert gewesen sind.

Bemerkenswert sind auch an diesem Beispiel Handlungsspielräume, die weniger durch kommunales oder unternehmerisches Tun entstanden, sondern durch eigen-sinnig individuelle Praktiken »von unten«.⁸⁷ Migrantisches Agieren wird besonders gut am Beispiel des Internationalen Kinderzentrums des Arbeitskreises sozialer Minderheiten (AKSOM e. V.) in Gütersloh sichtbar, das zwei Kindertagesstätten betrieb, eine davon im Stadtteil Blankenhagen (seit 1988). Im Vorstand des Vereins war unter anderem die Sozialarbeiterin Ingrid Mohn tätig, eine Schwägerin des Bertelsmann-Vorsitzenden Reinhard Mohn. Spielerisch sollten hier migrantische Kinder, die zwei Drittel aller Plätze erhielten, Deutsch und vor dem Hintergrund interkultureller Pädagogik Toleranz, Selbstständigkeit und Partnerschaftlichkeit erlernen. Daneben veranstalteten die Mitarbeiter:innen Vorträge, Filmabende und Lesungen, um auch hier eine Sensibilisierung anzuregen. Zudem organisierte der Verein weitere Aktivitäten wie Frauenfrühstück, Ausflüge und weitere Veranstaltungen. Dies schuf die Möglichkeit gerade für Migrantinnen, Wirksamkeit zu entfalten, denn immer mehr ausländische Frauen nahmen diese Angebote wahr und regten Projekte an. Der Elternrat von AKSOM war im Jahr 1991/92 ausschließlich mit türkischen und aramäischen Frauen besetzt – ebenfalls ein aufschlussreicher Beleg für das aktive Gestalten sozialer Räume durch zugewanderte Menschen.⁸⁸

Fazit

Es ist kaum sinnvoll, den »Erfolg« der vorgestellten Maßnahmen zu messen – dies wäre heuristisch aufgrund der normativen Aufladung wenig zielführend. Unbestritten scheint es aber in beiden städtischen Gesellschaften und auch unter der Mehrheitsgesellschaft zu einer stärkeren Sensibilisierung in Bezug auf migrantische Lebens- und Alltagswelten gekommen zu sein, was sich bereits zeitgenössisch erahnen lässt.⁸⁹ Dass auf diese Weise bestehende Vorurteilsstrukturen weitgehend überwunden werden konnten, lässt sich indes stark bezweifeln. Auch die Aussage des damaligen Gütersloher Bürgermeisters Adolf Gräwe (CDU), der seine Stadt im Jahr 1984 im Rahmen der »Türkischen Kulturwoche« als ein Gemeinwesen ohne jegliche Feindlichkeit darstellte, wirft Fragen auf.⁹⁰ Gleichwohl kann der in Güters-

87 Die Forderung, Migrant:innen nicht bloß als Objekte von Regelungen und Praktiken zu begreifen, sondern aktive und (selbst)bewusste Akteur:innen innerhalb der Migrationsregime zu analysieren, ist in den letzten Jahren verstärkt vorgebracht worden. Vgl. unter anderem Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas?*; Alexopoulou, *Deutschland und die Migration*.

88 Gisela Meisner, *Ansätze interkultureller Erziehung*. Das Internationale Kinderzentrum Blankenhagen. Diplomarbeit, Fachhochschule Bielefeld, Wintersemester 1992/93, S. 61, Stadtarchiv Gütersloh, Druckschriften.

89 O. A., *Türken in Gütersloh – oft isoliert. Arbeitskräfte geholt – Menschen gekommen*, in: *Neue Westfälische* 21.5.1980.

90 O. A., *Den Türken versichert: Hier keine Ausländerfeindlichkeit feststellbar*. In der Stadtbibliothek erste Türkische Kulturwoche in Gütersloh eröffnet, in: *Die Glocke*, 20.8.1984. Dagegen

loh seit 1975 jährlich durchgeführte »Tag des ausländischen Mitbürgers« (später: »Gütersloh international«) auch als gezielte Maßnahme gegen Ausländerfeindlichkeit mitgedacht werden.⁹¹

Der Blick auf den mittel- beziehungsweise kleinstädtischen Raum in ländlicher Umgebung macht damalige kommunale Ankommens- und »Integrations«-Politiken mitsamt ihren Ambivalenzen und nicht intendierten Nebeneffekten nachvollziehbar. Dieser Zugriff eröffnet der Forschung zeitgenössische Wahrnehmungen und Deutungen und er macht sichtbar, wo im Vergleich zu übergreifenden und großstädtischen Entwicklungen Gleichzeitigkeiten, Abweichungen und Transferprozesse festzustellen waren. Migration im ländlichen Raum, so haben die empirischen Beobachtungen deutlich machen können, funktionierte teils ähnlich, teils anders als in urbanen Zentren oder Industrierevieren:

- Erstens ist die große Nähe oder Enge, die die Akteure nicht nur für alle sichtbar und hörbar, sondern auch greifbar machte, ein bedeutsamer Unterschied zwischen urbanen und kleinstädtischen Räumen. Kurze Wege, persönliche Verbindungen und Abhängigkeiten bedingten spezifische lokale Antworten auf die Herausforderungen durch Migration.
- Charakteristisch war zweitens in beiden Städten die damit einhergehende dominante und strukturbildende Rolle der Unternehmensführungen, die gemeinsam mit der Stadtverwaltung entscheidend auf Migrationspolitiken einwirkten. Zugute kam der Implementierung bestimmter Maßnahmen im Kreis Gütersloh der vergleichsweise große wirtschaftliche Erfolg und die zeitgenössische geringe Arbeitslosigkeit. Hier müssten künftige Forschungen stärker transregional vergleichend vorgehen, um regionale Unterschiede und Besonderheiten genauer zu konturieren.
- Die Dichte der Überlieferung in Harsewinkel und Gütersloh – allein schon durch die zahlreichen Regionalzeitungen – hilft drittens den Forschenden, die verschiedenen ambivalenten Migrationsregime vor Ort detaillierter zu betrachten: So können nicht nur globale Trends und deren reziproke Ankunft im Lokalen und Regionalen differenziert analysiert werden. Auch übergreifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse können im regionalen und lokalen Kontext in ihrer unterschiedlichen Tiefe erfasst werden.
- Viertens gilt es – und dies unabhängig von der Stadtgröße –, die zeitgenössischen homogenisierenden und entdifferenzierenden Perspektiven zu historisieren. Migrant:innen einer Nationalität waren und sind keine homogene

sprechen aber wenigstens für Harsewinkel sporadisch auftretende neonazistische und ausländerfeindliche Gewalttaten. Vgl. unter anderem o. A., Pennälerfete in Harsewinkel: Polizei musste eingreifen, in: Die Glocke, 14.11.1988; o. A., Auch heute bereits wieder faschistische Tendenzen (Leserbrief), in: Die Glocke, 16./17.11.1988.

91 Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausländerbeirates, 5.2.1982, Stadtarchiv Gütersloh, E 7528. In Harsewinkel scheint es erst seit 1988 ein internationales Fest zu geben. Vgl. o. A., Harsewinkel ist wieder »international«, in: Die Glocke, 30.9./1.10.1989.

Gruppe, folglich verbietet sich jegliche Generalisierung gerade in der historischen Analyse.⁹² Damalige administrative und politische Reflexionen erfolgten typischerweise einzig aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft und unter Ausblendung migrantischer Perspektiven. Nur selten wurden Selbstsichten⁹³ in zeitgenössischen Medien aufgegriffen, um davon ausgehend eine Auseinandersetzung mit bestehenden Vorurteilsstrukturen anzuregen.⁹⁴

Umso wichtiger ist es, stärker als bislang die Stimmen der Handelnden selbst in das Zentrum der Analyse zu rücken. Gerade die mit diesen Selbstsichten verknüpften geschlechtergeschichtlichen Aspekte wie etwa Strukturen der Erwerbsarbeit, das Gestalten des Familienlebens, der Umgang mit alltäglichen Widrigkeiten oder Reaktionen auf Zurückweisungen vonseiten der Mehrheitsgesellschaft sowie zahlreiche weitere Aspekte deuten auf einen nach wie vor akuten Forschungsbedarf in dieser Hinsicht.⁹⁵

Die Erforschung von Migrationsprozessen im lokalen oder regionalen Kontext kann also durch eine geografische Perspektivenverschiebung, weg von den urbanen Zentren, die bisher im Blick der historischen Migrationsforschung standen, unser Verständnis der Vielfältigkeit von Migration vertiefen, ergänzt durch die angedeuteten methodischen Erweiterungen. Gleichzeitig bleiben Fragen offen, die mit unseren Fallbeispielen zwar nicht zu beantworten sind, für die wir aber künftige Forschungen anregen möchten. Interessant wäre zum Beispiel die Frage, warum bestimmte Regionen auf verschiedene Migrantengruppen in unterschiedlicher Weise reagieren. Die historische Migrationsforschung sollte in Zukunft also stärker als bisher transregionale Vergleiche anstoßen, und zwar auch über deutsche Grenzen hinaus.

92 Vgl. bereits die zeitgenössischen Plädoyers für die Betonung von Unterschieden: *Günther Schultze*, Soziale Situation ausländischer Mädchen und Frauen in Nordrhein-Westfalen. Untersuchung im Auftrag der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1987, S. 220; zur Homogenisierung der Bilder *Claudia Valeska Czycholl*, Bilder des Fremden. Visuelle Fremd- und Selbstkonstruktionen von Migrant*innen in der BRD (1960–1982), Bielefeld 2020.

93 Vgl. etwa *Michael Richter*, Gekommen und geblieben. Deutsch-türkische Lebensgeschichten, Hamburg 2003.

94 Vgl. aber beispielsweise für solche Bezugnahmen für den Gütersloher Fall: »Eine Gesellschaft ohne Frauen ist keine gute Gesellschaft«. Türkische Frauen fühlen sich isoliert, aber nicht unterdrückt, in: *Neue Westfälische*, 21.5.1980.

95 Vgl. *Marko Perels*, Migration, Geschlecht und die prekäre Vergesellschaftung in Erwerbsarbeit. Exemplarische Einsichten anhand eines Fallbeispiels einer alleinerziehenden Türkischstämmigen in Deutschland, in: *Mechthild Bereswill/Peter Rieker/Anna Schnitzer* (Hrsg.), Migration und Geschlecht. Theoretische Annäherungen und empirische Befunde, Weinheim/Basel 2012, S. 213–234.

